

## **Verankerung der Vorschläge des Expertenrats im Regierungsprogramm**

Der Expertenrat formulierte 2013 zehn Themenbereiche, die von der Regierung in der kommenden Legislaturperiode prioritär behandelt werden sollten. Diese fanden wie folgt Eingang in das Regierungsprogramm:

### **1. Integration von Anfang**

- Willkommenskultur: Bundesweites Integrationsprogramm für Neuzugewanderte; die Integrationsvereinbarung zu einem individuell abgestimmten Integrationsplan weiterentwickeln
- Bundesweiter Ausbau der „Welcome Desks“ des Österreichischen Integrationsfonds und Etablierung von Integrationsbeauftragten an österreichischen Vertretungsbehörden in Schwerpunktländern

### **2. Steigerung der qualifizierten Zuwanderung**

- Gesamtstrategie und klare Zuständigkeit für qualifizierte Zuwanderung und Entwicklung eines umfassenden Systems zum Migrations- und Integrationsmanagement im Sinne einer qualitativen Zuwanderung
- Modernisierung und Entbürokratisierung der Rot-Weiß-Rot – Karte

### **3. Verbesserung der Arbeitsmarktintegration**

- Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen und Erarbeitung eines eigenen Anerkennungsgesetzes; Ausbau der allgemein gültigen Zertifizierungsmöglichkeiten von informellen Lernerfahrungen und deren Berücksichtigung im nationalen Qualifikationsrahmen
- Erarbeitung von Maßnahmen zur Verbesserung eines fairen und förderlichen Einstiegs ins Berufsleben

### **4. Sprachförderung**

- Einführung eines zweiten kostenfreien Kindergartenjahres für 4- bis 5-Jährige
- frühzeitige gesamtheitliche Erfassung des Entwicklungsstands bei 4- bis 6-Jährigen: bei fehlender Nutzung des Kindergartenangebots wird ein zweites Kindergartenjahr verpflichtend festgelegt
- Ausbau des Angebots der sprachlichen Frühförderung; gezielter Förderung in der Unterrichtssprache Deutsch und Gewährleistung des schnellstmöglichen Eintritts in das Regelschulsystem durch vorbereitende Klassen

### **5. Von der Schulpflicht zur (Aus-)Bildungspflicht**

- Fortführung und finanzielle Absicherung der Ausbildungsgarantie und verpflichtende Berufs- und Bildungswegorientierung sowie Evaluierung und Weiterentwicklung des Jugendcoachings

- Weitgehende Einschränkung der jugendlichen Hilfsarbeit und Anreizmodelle zur Teilnahme an Ausbildungsmaßnahmen, Einführung einer Verwaltungsstrafe analog der Verletzung der Schulpflicht mit Wirksamkeit ab dem Ausbildungsjahr 2016/17 ausreichend niederschwellige Ausbildungsangebote auch im Zusammenhang mit der dualen
- Berufsausbildung; Erhöhung der Erfolgsquoten bei der Lehrabschlussprüfung

## **6. Weiterentwicklung eines modernen Staatsbürgerschaftsrechts**

- Diese Forderung wurde mit dem Hinweis auf das Inkrafttreten der Novelle zum Staatsbürgerschaftsgesetz und dem Erlass eines Kriterienkatalogs für Einbürgerungen nicht weiter aufgegriffen

## **7. Gesundheit und Pflege**

- Die Forderungen des Expertenrats wurden im Regierungsprogramm berücksichtigt, jedoch wurde kein Konnex zur Zuwanderung hergestellt

## **8. Weiterführender Integrationsdialog**

- Fortführung und Institutionalisierung des interreligiösen Dialogs mit den gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften

## **9. Sport, Freizeit und Ehrenamt**

- Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Stärkung des Mädchen- und Frauensports
- Förderung des freiwilligen gesellschaftlichen Engagements und der ehrenamtlichen Tätigkeit von MigrantInnen sowie aktive Öffnung von Vereinen gegenüber MigrantInnen

## **10. Verfassung als Fundament**

- Einrichtung eines Lehrstuhls für Politische Bildung und Verankerung der Politischen Bildung als Pflichtmodul ab der 6. Schulstufe
- Förderung des Verständnisses und der Akzeptanz der EU-Grundrechte